

Soziale Ungleichheit(en) in der Demokratie und der politischen Bildung

Call for Papers für die Herbsttagung 2026 der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) vom 19.11.2026 ab 13:00 Uhr bis 21.11.2026 11:30 Uhr an der Universität Siegen – Seminarzentrum Campus Unteres Schloss.

Die Tagung ist eine Kooperationsveranstaltung des Bundesvorstands der DVPB, des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der DVPB und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

2024 kam eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel „Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme - verunsicherte Mitte“ zu dem Urteil, dass die Ungleichheit bei den Einkommen in Deutschland immer größer wird und die Angst vor dem Abstieg weiter wächst sowie das Vertrauen in die Institutionen zu sinken droht. Während der Anteil der armen Bevölkerung kontinuierlich ansteigt, verzeichnen die Vermögen von Milliardär:innen ein schier ungebremstes Wachstum. Ungleichheit hat Auswirkungen auf viele Bereiche der Gesellschaft und Lebensbereiche der Individuen: Auf die Gesundheit, das Wohlbefinden, die Teilhabemöglichkeiten an Gesellschaft, die Partizipationsbedingungen an politischen Prozessen. Menschen, die in Armut leben, stehen weniger Ressourcen zur Verfügung. Nahezu alle Studien zeigen, dass diese Menschen weniger Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Dies hat verschiedene Gründe. Ein zentraler ist, dass von Fremdausschluss betroffene Menschen sich oftmals selbst aus politischen Prozessen ausschließen, da ihre Position kein Gehört findet und sie sich für politische Partizipation als nicht-berechtigt ansehen usw. Das Problem, vor dem die politische Bildung steht, wenn sie sich der Thematik der Ungleichheit widmet, ist komplex, denn Ungleichheit zeichnet die Bildungsbiografien der Individuen in massiver Weise vor. Insbesondere das gegliederte Schulsystem wird kritisiert, Ungleichheit zu reproduzieren, indem es auf scheinbar gerechte Weise ungleiche Lebenschancen vergibt und verstetigt.

Auf der Tagung soll diskutiert werden, inwiefern das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht nur von Ungleichheit geprägt, sondern auch auf sie angewiesen ist, d.h. ob Ungleichheit ein ‚Nebeneffekt‘ oder eine funktionale Notwendigkeit ist oder noch weitere Funktionen erfüllt. Politische Bildung erreicht oft genau diejenigen nicht, die am stärksten von Ungleichheit betroffen sind – und verstärkt so bestehende Asymmetrien: Wer viel politische Bildung erfährt, nimmt auch Angebote der politischen Bildung wahr. Wer lange im Schulsystem verweilt und Abitur macht, erhält in der Regel viel mehr politische Bildung als Personen, die die Oberstufe nicht besuchen. Ungleichheit beeinflusst zudem den Zugang zu politischer Bildung. In der außerschulischen politischen Bildung im Speziellen und der Jugendarbeit im Allgemeinen gibt es oft höhere Zugangshürden, als es das Selbstverständnis der Akteur:innen und der Institutionen vermuten lässt. Auch hier regelt die ungleiche Verteilung an Ressourcen den Zugang (zumindest mit). Verschiedene Ansätze der politischen Bildung versuchen dies zu berücksichtigen und Angebote für bestimmte Zielgruppen anzubieten, die Zielgruppen aufzusuchen oder mit Methoden und Konzepten zu arbeiten, die bestimmte Zielgruppen in ihrem Politikbegriff zu erreichen versuchen.

Analysen zeigen, dass wirtschaftliche Zusammenhänge oft als ‚neutral‘ oder ‚alternativlos‘ dargestellt werden. Zu diskutieren ist, inwiefern Themen wie Vermögensungleichheit, Lohnarbeit oder Finanzmarktmacht als politische Gestaltungsfragen im Diskurs und in der politischen Bildungsarbeit erscheinen. Ähnliches gilt für die Darstellung von Themen wie „Soziale Marktwirtschaft“ oder alternativen Wirtschaftsmodellen.

Gleichzeitig gewinnen Kategorien wie Klasse, Schicht oder Milieus in der Gesellschaftstheorie und in Zeit- sowie Gesellschaftsdiagnosen an Konjunktur. Das Problem, dass große Ungleichheiten eine Gefahr für die Demokratie sind, wird breiter wahrgenommen.

Die Tagung spricht explizit Akteur:innen aus der Theorie und Praxis der schulischen und außerschulischen Bildung sowie den Professionen der Sozialwissenschaften (Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie), den Erziehungswissenschaften, der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik sowie weiteren angrenzenden Bereichen an. Eingereicht werden können:

- Vorträge und Workshops, die Ungleichheit im Verhältnis zu Demokratie, Politik, Gesellschaft, Ökonomie beschreiben, problematisieren. Dabei kann es um das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus, von Demokratie, Ungleichheit und politischer Bildung, um sozioökonomische Aspekte politischer Ungleichheit oder auch die Frage gehen, wieviel Ungleichheit eine Demokratie er- und vertragen kann.
- Vorträge und Workshops, die Ungleichheit als Herausforderung für die politische Bildung beschreiben. Dabei kann es um strukturelle Fragen oder auch konkrete Forschungsprojekte, etwa zur Reproduktion von Ungleichheit in der politischen Bildung, in Bildungsmedien (Schulbücher, Unterrichtsmaterialien von Stiftungen, Materialien der außerschulischen Bildungsarbeit), durch Methoden der politischen Bildungsarbeit usw. gehen.
- Vorträge und Workshops, die (aktuelle, aber gerne auch solche aus der Vergangenheit) Konzepte, Ansätze und Methoden darstellen/erfahrbar machen, wie in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung mit Ungleichheit (als Gegenstand, als Diskriminierung, als Realität der Lerngruppen) umgegangen werden kann, etwa mit der Beobachtung des Fremd- und Selbstausschlusses von Ungleichheit betroffenen Menschen.
- Vorträge und Workshops, die konkrete bildungspraktische Ansätze aus der schulischen und außerschulischen Bildung präsentieren, die wiederum Ungleichheit thematisieren oder mit ihr umzugehen versuchen.
- Konzepte, Ansätze, Projekte und Methoden aus der Jugendarbeit / der Sozialen Arbeit mit Bezug zur politischen Bildung, die Ungleichheit thematisieren oder mit ihr umzugehen versuchen.
- Beiträge zur Frage, welche Bedeutung (und auf welcher Ebene) das Thema der Tagung für Interessensverbände der politischen Bildung haben könnte und wie diese sich zu der Frage nach Ungleichheit und Politische Bildung positionieren sollten.
- Neben diesen thematischen Beiträgen planen wir ein durchgehendes inhaltliches Schwerpunktpanel, in dem selbstreflexiv und selbstkritisch die Frage nach der Rolle der politischen Bildung – ihrer Theorie, Praxis, Verbandsarbeit usw. – im Kontext autoritärer Gesellschafts- und Demokratieentwicklungen gefragt werden soll.
- Beiträge und Workshops, die methodisch auch etwas Experimentelles wagen, sind ausdrücklich erwünscht. Dazu zählen auch ästhetische und künstlerische Zugänge oder Workshops im öffentlichen Raum.

Bitte senden Sie Ihre Beitragsvorschläge als höchstens einseitiges Abstract mit Angaben zu Titel, Veranstalter:innen, Inhalten, gewünschtes Format und benötigte Zeit bis zum 15.05.2026 an Dana Grebner (kontakt@dvpb.de).

Geplant ist, dass Tagungskosten und Reise- sowie Unterbringungskosten für Vortragende und Workshopleitende von den Veranstalter:innen übernommen und über die DVPB abgerechnet werden.